

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 97 (2006)
Heft: 8

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Deutschland: 18 000 Megawatt in Bau und Planung

(vdew) Stromwirtschaft und Industrie modernisieren ihren Kraftwerkspark: 24 grössere Kraftwerke mit einer Leistung von zusammen rund 18 000 Megawatt (MW) waren Anfang 2006 in Deutschland im Bau oder in Planung. Die Anlagen sollen bis etwa 2011 in Betrieb gehen.

Das Bauprogramm macht etwa die Hälfte der bis 2020 geplanten neuen Kraftwerkskapazitäten aus, die insgesamt ein Investitionsvolumen von etwa 40 Milliarden Euro erfordern. «Die Stromwirtschaft vertraut bei ihren Planungen darauf, dass die Politik mit langfristigen verlässlichen Rahmenbedingungen ein solides Fundament für die Investitionen bietet», betonte Roger Kohlmann, stellvertretender VDEW-Hauptgeschäftsführer. «Die Energiebranche ist kapitalintensiv und rechnet in Investitionszyklen von 30 bis 40 Jahren. Dafür brauchen die im europäischen Wettbewerb stehenden Unternehmen berechenbare Planungsgrundlagen», erläuterte Kohlmann.

Leistung und Erzeugungstechnik der neuen Kraftwerke ab 20 MW Leistung sind nach Angaben des Branchenverbandes

des VDEW ganz unterschiedlich. Ein Pumpspeicherkraftwerk mit 45 MW zählte ebenso dazu wie die Erweiterung eines Laufwasserkraftwerks um 74 MW. Die Leistung der neun geplanten Erdgaskraftwerke reiche von 400 bis 1200 MW. Diese Anlagen sind vorwiegend Gas- und Dampfturbinenkraftwerke. Sie erzeugen Strom und Wärme besonders effizient in Kraft-Wärme-Kopplung und nutzen die eingesetzte Energie zu mehr als 80 Prozent aus.

Zu dem Investitionsprogramm zählten ferner zehn grössere Steinkohlekraftwerke, die jeweils eine Leistung zwischen 600 und 1500 MW haben, berichtete der VDEW. Braunkohlekraftwerke seien im rheinischen Neurath sowie im sächsischen Boxberg geplant. Zum Vergleich: Der gesamte Kraftwerkspark in Deutschland umfasste Anfang 2005 Anlagen mit einer Leistung von zusammen etwa 130 000 MW.

Österreichs E-Wirtschaft investiert 11,5 Mrd. Euro

(veö) Österreichs E-Wirtschaft plant in den nächsten zehn Jahren rund 11,5 Milliarden Euro in die heimische Versorgungssicherheit zu investieren. Insgesamt rund 5,7 Mrd.

Euro davon werden in den Bereich Erzeugung, etwa 5,5 Mrd. Euro in die Netzinfrastruktur und rund 232 Mio. Euro in Gebäude und Betriebsmittel fließen. «Damit sichert die österreichische Elektrizitätswirtschaft in den nächsten zehn Jahren direkt und indirekt nicht nur Arbeitsplätze für über 150 000 Menschen in Österreich, sondern diese 11,5 Milliarden Euro wären auch ein wichtiger Schritt zu einer sicheren heimischen Stromversorgung – und damit zur Gewährleistung einer wichtigen Basis für die heimische Industrie- und Standortpolitik», erklärte VEÖ-Präsident Leo Windtner.

Sehr hohe Investitionen zur Sicherung der Versorgung sind insbesondere in der Erzeugung nötig: Die Nachfrage nach Strom hat sich seit 1990 um mehr als ein Drittel erhöht, und seit 2001 ist die Export-Import-Bilanz des Stroms in Österreich negativ. 2005 lag der Nachfrageanstieg laut vorläufigen Daten bei 2,2%. Bis 2010 rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einem durchschnittlichen Anstieg um 2,3% pro Jahr, danach sogar mit 2,7% pro Jahr. «Die österreichische E-Wirtschaft spricht sich für einen sorgsameren Umgang mit dem wertvollen Gut Strom aus», betonte Herbert Schröfelbauer, VEÖ-Spartensprecher Erzeugung. «Ich bin überzeugt, dass beim Verbrauch gespart werden kann, eine Trendumkehr ist davon aber keinesfalls zu erwarten.» Vielmehr ist laut einer Studie der TU-Wien 2020 mit einem Importbedarf von mindestens 29 000 Gigawattstunden (GWh) zu rechnen – wenn nicht kräftig investiert werden kann.

Die grössten Projekte sind das geplante Gaskraftwerk im steirischen Mellach (Verbund) mit einem Investitionsvolumen von 400 Mio. Euro, Limberg II in Kaprun (Verbund/365 Mio. Euro), Kops II (Vorarlberger Illwerke/360 Mio. Euro), Innkraftwerk (Verbund/Tiwag/En-

ElCom wacht künftig über den Markt

(bfe) Im Entwurf des Stromversorgungsgesetzes (StromVG), den der Bundesrat dem Parlament zur Beratung unterbreitet hat, sind Massnahmen zur mittel- bis langfristigen Stromversorgungssicherheit vorgesehen:

Die Netzbetreiber sollen verpflichtet werden, Mehrjahrespläne zur Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes zu erstellen. Zudem müssen die Unternehmen der im StromVG vorgesehene Elektrizitätskommission (ElCom) jährlich über den Betrieb und die Belastung der Netze sowie über ausserordentliche Ereignisse Auskunft geben.

Ist trotz dieser Vorkehrungen die erschwingliche und sichere Stromversorgung im Inland gefährdet, kann der Bundesrat weitere Massnahmen ergreifen, welche die Versorgungssicherheit wieder herstellen. Dieses Massnahmenpaket reicht über die Beschaffung von Strom im Ausland bis hin zu Verstärkung und Ausbau der Übertragungsnetze.

Der ElCom kommt künftig die Aufgabe zu, die Entwicklung der Elektrizitätsmärkte in allen Landesteilen zu beobachten. Zeichnet sich mittel- oder langfristig eine erhebliche Gefährdung der inländischen Stromversorgung ab, unterbreitet die Kommission dem Bundesrat Vorschläge für Massnahmen zur Wiederherstellung der Versorgungssicherheit.



Tagebaukippe mit bestehendem Braunkohlekraftwerk Boxberg (Bild PIK).

gadinier KWAG/270 Mio. Euro), Ausbau Simmering (Wien Energie/200 bis 300 Mio. Euro), GDKK Klagenfurt (Klagenfurt Energieerzeugungs GmbH/250 Mio. Euro), G&D Kraftwerk Timmelkam (EAG/163 Mio. Euro) und das Kraft-



Der Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) erklärt dringenden Investitionsbedarf für die österreichische Elektrizitätswirtschaft (im Bild VEÖ-Sitz in Wien).

werk Gössendorf/Großsuzl (Verbund/ESStAG 110 Mio. Euro). Insgesamt hat die E-Wirtschaft heute 25 Projekte aufgelistet, darunter weitere kleinere Wasserkraftwerke, Windparks und Biomasseanlagen.

«Um eine sichere Stromversorgung gewährleisten zu können, ist neben genügend Erzeugungskapazitäten eine gut ausgebaut und gewartete Netzinfrastruktur essenziell», betonte Bruno Wallnöfer, VEÖ-Spartensprecher Netze. Die derzeitigen Kernprobleme aus Netzsicht seien die ungleiche Erzeugungsverteilung mit hohen Kapazitäten in Nordost-Österreich und fehlender Erzeugung in Süd-Österreich, die Engpässe im europäischen und österreichischen Hochspannungsnetz, das nicht für einen europäischen Binnenmarkt ausgelegt wurde, und insbesondere auch der fehlende Lückenschluss im 380-kV-Ring in der Steiermark und in Salzburg.

Das rund 218 000 Kilometer lange Stromnetz benötigt laufend Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen und muss den ständig steigenden Belastungen angepasst werden. Nur so kann das insgesamt hohe Niveau der Versorgungssicherheit gehalten werden. «Allein in den weiteren Ausbau des Netzes wollen die heimischen Netzbetreiber in den nächsten zehn Jahren über 3,8 Milliarden

Euro investieren. Dazu kommen noch Investitionen für Erneuerung und Modernisierung der Netzinfrastruktur von 1,7 Milliarden Euro», rechnete der Spartensprecher Netze vor.

«Massive Wettbewerbsverzerrung durch Emissionshandel»

(efch) Gemäss einer Mitteilung von EurActiv fordert die deutsche Wirtschaftsvereinigung Stahl die EU-Kommission dazu auf, das CO₂-Emissionshandelssystem (EU-ETS) zu stoppen, bis die Zuteilung von Emissionsberechtigungen überarbeitet worden ist.

Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie sieht bei der Zuteilung der Zertifikate «ungleiche Behandlung», da Betriebe gleicher Grösse in anderen EU-Ländern mehr Berechtigungen erhielten als sie, was letztlich zu einer «massiven Wettbewerbsverzerrung» führe.



Stahlindustrie befürchtet Wettbewerbsverzerrung durch Emissionshandel.

Verwehte Illusionen?

(rm) Im französischen Rhôneetal weht zwar oft der Mistral, aber auch ein starker Gegenwind bei Windkraftprojekten. Die Compagnie Nationale du Rhône (CNR), nach der Electricité de France (EDF) der grösste Stromerzeuger des Landes, der die Wasserkraft zur Gewinnung regenerativer Energie nutzt, wollte auch bei der lukrativen, weil subventionierten Windkraft einsteigen und sich einen Teil am Kuchen der in den nächsten zehn Jahren geplanten 5000 bis 6000 Windräder sichern.

Fünf solcher «aérogénérateurs» sollten in der Nähe von Avignon errichtet werden. Doch als den Anwohnern mithilfe einer Fotomontage (Bild) klar gemacht wurde, dass diese Giganten den Palast der Päpste und die berühmte Brücke von Avignon überragen würden, waren die Blaupausen rasch wieder in der Schublade verschwunden.

Der «Wind des Zorns» hat die CNR zum Rückzug gezwungen. «Vent de colère» – Wind des Zorns – nennt sich der Dachverband von mehr als 250 Bürgervereinigungen, die den Plan durchkreuzen wollen, Frankreich mit einem dichten Netz von «éoliennes» zu überziehen.

«Eine Beleidigung der Natur», entrüstete sich Jacques Chirac, als er ebenso wie andere Korsika-Reisende das mit unschönen «éoliennes» gespickte Cap Corse entdeckte. Diese Einsicht hat den Präsidenten jedoch nicht dazu bewogen, die Pläne der Regierung zu bremsen, den «Vorsprung» der europäischen Nachbarn, insbesondere der deutschen, beim Ausbau der Windenergie aufzuholen. Die installierte Leistung der Windräder soll von zurzeit 700 Megawatt in zehn Jahren auf 12 500 Megawatt gesteigert werden. Das Industrieministerium hat sieben entsprechende Grossprojekte gebilligt. Das spektakulärste sieht den Bau von 29 gigantischen, 125 Meter hohen Windkraftkonvertern bei Salles-Curan auf den Höhen des Aveyron vor, andere sind in Burgund, in der Normandie und im Languedoc geplant.

Noch wird die Nutzung der Atomkraft in Frankreich über die Parteigrenzen hinweg von einem breiten Konsens getragen. Der Illusion, die Windkraft könnte zur Alternative werden, erteilt Jean-Yves Le Déault, der bei der Sozialistischen Partei für die Forschung zuständig ist, eine klare Absage: «Um die gleiche elektrische Leistung zu erzielen wie ein Atomreaktor mit 1400 Megawatt, sind 1400 Windräder von je einem Megawatt nötig. Diese können aber nur bei Wind und während einer gewissen Zeit funktionieren. Die Windkraft wird also nie die Kernkraft ersetzen können.»

Klaus Huwel/rm



Höher als die Kirche von Avignonet – die Montage wagt den Beweis (Foto: Vent de Colère; Fayolle)

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist der Meinung, dass der deutsche Allokationsplan sehr viel strenger sei als die entsprechenden französischen und britischen Zuteilungsregelungen. In diesen Ländern (ge-

nannt werden auch Italien, die Niederlande und Österreich) würden Emissionszertifikate im Übermass ausgeteilt, was dazu führe, dass Konkurrenten ihre Produktion ausdehnen könnten.

Industrie kalkuliert mit Marktwert der Emissionszertifikate

(vd) «In Europa kalkulieren alle betroffenen Branchen den Marktwert von Emissionsberechtigungen in ihre Preise ein. Dieses Ergebnis einer Untersuchung für die EU-Kommission zeigt, dass sich die Stromunternehmen beim Emissionshandel marktkonform verhalten», erklärte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin. Es sei deshalb scheinheilig, wenn Industrievertreter die Stromwirtschaft für Kalkulationen kritisiere, die in ihren eigenen Branchen üblich seien.

Die neue Studie «Review of EU Emissions Trading Scheme» zeige, dass die Hälfte der befragten Unternehmen den Wert der Emissionszertifikate bei der Preisgestaltung bereits einkalkuliert. Rund 70% der Betriebe würden das für künftige Preisentscheidungen vorsehen. Dabei handle es sich insbesondere um Unternehmen der Stahl-, Aluminium- und Zementindustrie sowie um die chemische Industrie und Raffinerien.

Erneuerbar ja, aber nicht mehr bezahlen

(zk) 47% der EU-Bürger würden es laut neuestem EU-Barometer begrüßen, wenn anstehende energiewirtschaftliche Aufgaben wie die Sicherung der Versorgung und Bewälti-

gung des Klimawandels auf europäischer Ebene entschieden würden. Auf dieses Ergebnis der Umfrage wies Energiekommissar Andris Piebalgs besonders hin. Zur Verringerung der Energieabhängigkeit sollten sich die nationalen Regierungen auf die Entwicklung der Solarenergie konzentrieren, meinen 48%, mehr Forschung und Entwicklung fordern 41%, Entwicklung der Windenergie 31%. Gleichzeitig sagten 54% der Bürger bei der Repräsentativbefragung, sie wollten für Energie aus erneuerbaren Ressourcen nicht mehr bezahlen als für Energie aus anderen Quellen, 27% können sich bis zu 5% Preisaufschlag vorstellen. Mit 56% liegt die Ablehnung höherer Preise für erneuerbare Energien in Deutschland über dem EU-Durchschnitt.

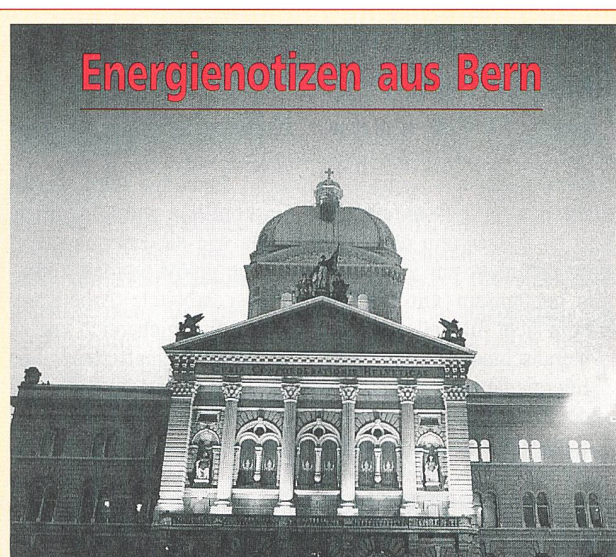
Russland will mehr Kernkraftwerke

(a) Russland will in den kommenden 25 Jahren bis zu einhundert Kernkraftwerke im In- und Ausland bauen oder verkaufen. Bis zum Jahr 2030 sollten in Russland selbst mindestens 40 Reaktoren errichtet werden. Gleichzeitig spricht man mit der Ukraine über eine engere Kooperation im Bereich Atomenergie.

Im betreffenden Zeitraum könne Russland zudem den Bau von bis zu 60 weiteren Kernkraftwerken auf dem Weltmarkt anbieten. Derzeit errichtet Russland drei Reaktoren auf eigenem Territorium, fünf



Gelände der umstrittenen KKW-Anlage Bushehr.



Les prochaines étapes du plan sectoriel «Dépôts en couches géologiques profondes»

(of) L'Office fédéral de l'énergie (OFEN) a présenté aux autorités de Suisse et des pays limitrophes les prochaines étapes de l'élaboration du plan sectoriel «Dépôt en couches géologiques profondes». Les organes cantonaux chargés de l'aménagement du territoire seront consultés au mois de mars. La discussion sur la partie conceptuelle du plan sectoriel sera ouverte l'été prochain dans le cadre d'une procédure de participation publique sous forme d'ateliers consultatifs et de groupes de réflexion. Le texte sera ensuite soumis aux autorités fédérales et aux pays voisins. Dès novembre, une consultation étendue aura lieu auprès de ces mêmes services, ainsi qu'auprès des organisations concernées en Suisse. Le Conseil fédéral se prononcera vraisemblablement au cours du premier semestre 2007 sur la partie conceptuelle. Ce n'est qu'alors que commencera la recherche de sites pouvant accueillir des dépôts en couches géologiques profondes.

Programme 2006 du parti socialiste

(ef) Le parti socialiste suisse a présenté, le 31 janvier 2006, ses objectifs politiques pour l'année 2006. Il a formulé dix objectifs à réaliser en 2006, entre autres:

- d'obtenir une réglementation du marché de l'électricité qui tient à la fois compte des exigences écologiques (meilleure efficacité énergétique, promotion des énergies renouvelables indigènes au lieu de nouvelles centrales nucléaires) et des exigences du service public (ouverture en deux étapes avec une possibilité de référendum entre les deux, opérateur du réseau étatique).
- d'imposer une taxe sur le CO₂ sur les combustibles et les carburants. Le PS veut par conséquent combattre les centimes climatiques I et II.

weitere im Ausland. Darunter befindet sich auch das umstrittene Kraftwerk im iranischen Bushehr. Derzeit werden nach Regierungsangaben etwa 16 Prozent der russischen Energieversorgung aus Atomstrom ge-

deckt. Bis 2030 soll dieser Wert auf rund 25 Prozent steigen. Die russische Atomenergiebehörde nahm aus Exporten im Jahr 2004 rund 3,1 Milliarden Dollar (rund 2,6 Milliarden Euro) ein.

Energieversorgung ein zentrales Anliegen der EU

(ee/vö) EU-Ratsvorsitzender Wolfgang Schässel kündigte an, dass beim nächsten Frühjahrsgipfel die Sicherheit der Energieversorgung ein zentrales Anliegen darstellen wird. Angesichts des russisch-ukrainischen Gaskonflikts wurde deutlich, dass ein bisher rein nationales Thema wie die Energieversorgung nur mehr auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Das gemeinsam mit den Finnen ausgearbeitete Arbeitsprogramm sieht folgende Schwerpunkte im Energiebereich vor:

- Verabschiedung der Richtlinie Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen sowie der Guidelines zu TEN und der Verordnung zu Gemeinschaftszuschüssen für TEN (Trans European Energy Networks. TEN spezifiziert, welche Projekte für Subventionen geeignet sind)
- eine intensive Diskussion zum Grünbuch über Energiepolitik
- ein auf den Ergebnissen der Konsultation aufbauender Aktionsplan zur Energieeffizienz
- weitere Diskussionen zur laufenden Liberalisierung der Elektrizitäts- und Gasmärkte.

Auf internationaler Ebene werden Schwerpunkte auf den EU-Russland- bzw. EU-OPEC-Dialog, die nördliche Dimension und das Abkommen zwischen der EU und Südosteuropa gelegt.



EU-Ratsvorsitzender Wolfgang Schässel gibt Schwerpunkte für das nächste halbe Jahr bekannt.

«Lektionen vom liberalisierten Strommarkt»

(ee/vö) In ihrem jüngst veröffentlichten Bericht «Lessons from liberalised electricity markets» weist die Internationale Energieagentur IEA darauf hin, dass die Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte zu wirtschaftlichen Nutzen geführt hat sowie die Versorgungssicherheit und Investitionen sicherstellt. Die Autoren betonen, dass Liberalisierung nicht als Momentaufnahme, sondern als Prozess, der ein klares und längerfristiges politisches Bekenntnis erfordert, gesehen werden sollte. Effiziente und verursachungsgerechte Kosten werden, so der Bericht, über Regulierung und Marktregeln erreicht. Weiter wird ein Bedarf gesehen, Bar-

rieren betreffend Lieferantenumwechsel zu beseitigen sowie Massnahmen auf der Nachfrageseite voranzutreiben. Für eine rechtzeitige und angemessene Investition sei es notwendig, Unsicherheiten bei regulatorischen Rahmenbedingungen auf ein Minimum zu beschränken.

Attacken auf EVU-Mitarbeiter

(vd) Der Verband der Elektrizitätswirtschaft Baden-Württemberg, VdEW, ist besorgt über die steigende Zahl von Attacken gegen Mitarbeiter der Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Land. Die Gewaltbereitschaft gegen Menschen und technische Einrichtungen hat nach einer landesweiten Umfrage zugenommen.

«Die Vorkommnisse reichen von verbalen Beschimpfungen

über Gewalt gegen Einrichtungen wie Stromzähler bis hin zu körperlichen Übergriffen gegen EVU-Mitarbeiter», so Dr. Bernhard Schneider, Geschäftsführer des VdEW. In einer aktuellen Umfrage unter den rund 120 Mitgliedsunternehmen des Verbandes wurde deutlich, dass eine grosse Zahl der Energieversorgungsunternehmen im vergangenen Jahr Übergriffe aggressiver Kunden verzeichnen musste.

Der tragische Tod eines Mitarbeiters, der im Aussendienst für sein Energieunternehmen tätig war, hatte im Herbst des vergangenen Jahres viele Menschen erschüttert. Glücklicherweise ist dieser Todesfall die Ausnahme, doch lässt sich generell feststellen, so das Ergebnis der VdEW-Umfrage, dass die Mitarbeiter von Energieversorgungsunternehmen immer häufiger Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind.

Wüste Beschimpfungen, Drohungen sowie seltsame «Spässe» wie das Zünden von Feuerwerkskörpern im Briefkasten der Stadtwerke (Ergebnis: verbrannte Zählerstandsmeldungen) sind die Begleiterscheinungen einer insgesamt Besorgnis erregenden Tendenz. Einige Beispiele aus dem Jahr 2005:

- In Pforzheim wurde ein Sperrkassierer mit einem Beil angegriffen, blieb aber glücklicher Weise unverletzt.
- In Bruchsal wurde ein Aussendienstmitarbeiter nach einer Zählerablesung tätlich angegriffen und mit einem Messer bedroht.
- Bei Ellwangen wurde ein Mitarbeiter der Stadtwerke 30 Minuten lang im Keller und im Treppenhaus einge-

sperrt, nachdem er eine Abschaltung vorgenommen hatte. Nach Handgreiflichkeiten konnte er das Gebäude erst verlassen, als er den Zähler des säumigen Kunden wieder in Gang gesetzt hatte.

- Ebenfalls im Raum Ellwangen wurde das Dach einer Station mit Benzin übergossen. Beim anschliessenden Versuch, Feuer zu legen, entstand Sachschaden.
- Bei Ulm zerstörte ein säumiger Stromkunde nach der Abschaltung seines Zählers alle weiteren sieben Zähler des Mehrfamilienhauses.
- In Reutlingen wurde ein Stromableser von einem Kunden, der seit einem Jahr keine Gebühren bezahlt hatte, verprügelt und eine Treppe hinab gestossen. Der EVU-Mitarbeiter war vier Wochen krank geschrieben; der gewalttätige Kunde ist inzwischen wegen Körperverletzung rechtskräftig verurteilt.

«Die überwältigende Mehrzahl unserer Kunden ist über diese Vorfälle genau so schockiert wie wir es sind», so Dr. Schneider. Der VdEW will sich daher dafür einsetzen, die öffentliche Debatte bei aktuellen Reizthemen wie der Strompreisentwicklung zu versachlichen und die Verbraucher noch stärker aufzuklären. Dr. Schneider: «Jeder ärgert sich natürlich über steigende Strompreise. Aber gerade bei diesem Thema sollte man wissen, dass der reine Strompreis noch unter dem des Jahres 1998 liegt, während sich die Steuern und Abgaben darauf nahezu verdoppelt haben und heute rund 40% des Strompreises ausmachen.»



Elektriker: Gefahren auch ausserhalb des Stromnetzes.

Kulturminister verprügelt EVU-Mitarbeiter

(ra) Der armenische Kulturminister hat nach einer Strompanne Mitarbeiter einer Elektro-Schaltzentrale verprügelt. Das Innenministerium Armeniens bestätigte den Vorfall, nannte aber keine Einzelheiten. Aus informierten Kreisen war indessen zu erfahren, dass der Skandal damit begann, dass auf dem Maschtoz-Prospekt in Eriwan, an dem Kulturminister Owik Owejan wohnt, der Strom ausfiel. Owejan sei daraufhin unter Hochspannung, aber in nicht ganz nüchternem Zustand in die Bezirksstelle der E-Werke gefahren. Er habe in ausgesprochen unkultivierter Form über den Stromausfall geschimpft.

Steigender Ressourcenbedarf hat weltweite Auswirkungen

(pte) Der dramatische Anstieg von China und Indien bedeutet eine der stärksten Bedrohungen und eine der grössten Chancen für die Welt. Zu diesem Ergebnis kommt das

Worldwatch Institute <http://www.worldwatch.org> in der aktuellen Studie State of the World 2006. Die Entscheidungen, die diese beiden Nationen in den nächsten Jahren treffen, werden die Welt entweder in eine Zukunft mit einer steigenden ökologischen und politischen Instabilität oder aber mit einer Entwicklung führen, die auf leistungsfähigen Technologien und einer verantwortlicheren Nutzung der vorhandenen Ressourcen beruht. Christopher Flavin, der Präsident von Worldwatch, erklärte, dass der steigende Bedarf an Energie, Nahrung und Rohmaterialien von rund 2,5 Milliarden Chinesen und Indern bereits heute weltweit zu Auswirkungen führe. «Gleichzeitig lässt der Rekordkonsum in Amerika und Europa nur wenig Raum für das im asiatischen Raum anstehende Wachstum.» Der daraus resultierende Ressourcenengpass werde bereits bei Streitigkeiten über steigende Ölpreise in Indonesien, die steigende Belastung der Wälder und Fischgründe Brasiliens sowie durch den Verlust von Arbeitsplätzen in Mittelamerika sichtbar.

Die Vereinigten Staaten konsumieren pro Person noch immer drei Mal so viel Getreide wie in China und fünf Mal so viel wie in Indien. Der Kohlen-

dioxydausstoß pro Kopf erreicht sechs Mal den Wert Chinas und 20 Mal jenen von Indien. Konsumierten China und Indien Ressourcen in diesem Ausmass und verursachten die dementprechende Umweltverschmutzung, wären zwei Planeten Erde erforderlich, nur um diese beiden Wirtschaftssysteme aufrechtzuerhalten. Es habe die Wissenschaftler ermutigt, dass in China und Indien eine steigende Anzahl der Meinungsbildner bereits erkannt hat, dass das ressourcenintensive Modell des wirtschaftlichen Wachstums im 21. Jahrhundert nicht mehr funktionieren kann. In China liefert die Nutzung der Sonnenenergie bereits das Warmwasser für 35 Millionen Gebäude. In Indien ermöglichen die Pionierleistungen bei der Nutzung von Regenwasser bereits sauberes Wasser für Zehntausende Haushalte. China und Indien könnten laut Flavin innerhalb von zehn Jahren zu den führenden Nationen in den Bereichen erneuerbare Energien und Landwirtschaft werden.

Im Jahr 2005 verbrauchte China laut Worldwatch Institute allein 26% des weltweit produzierten Stahls, 32% des Reises und 47% des Zements. Obwohl der Ressourcenverbrauch pro Kopf noch immer gering ist, schliessen sich China und Indien mit ihrer grossen Bevölkerung Amerika und Europa als ökologische Supermächte an und werden mit ihren Anforderungen an das Ökosystem des Planeten jene anderer Nationen bei weitem übertreffen. Die Details der Studie finden sich unter <http://www.worldwatch.org/pubs/sow/2006> im Internet.

Elektrizitätswachstum überproportional

(ee/vö) Anlässlich eines gemeinsam von Eurelectric und VGB veranstalteten Workshops stellte Professor Capros (Technische Universität Athen) das Baseline-Szenario des Primes-Modells vor. Anfang dieses Jahres werden von der Europäischen Kommission neue Ener-

gieszenarien vorgestellt werden. Gegenüber der letzten EC-Prognose haben sich wesentliche Parameter verändert: rasanter Anstieg der Brennstoffpreise (Öl, Gas und Kohlepreise verdoppeln sich nahezu), langsames GDP-Wachstum, Elektrizitätsintensität fällt in geringerem Ausmass, Energiewachstum weit gehend entsprechend, aber Elektrizitätswachstum überproportional.

Weniger ungeplante Stromausfälle

(ee/vö) Die Vereinigung der Europäischen Regulatoren, CEER, gab ihren dritten Bericht zur Qualität der Elektrizitätsversorgung heraus. Der Bericht streicht hervor, dass Anzahl und Dauer der ungeplanten Stromausfälle in den meisten Ländern gesunken sind, während der Einsatz von Automation und Fernsteueranlagen gestiegen ist. Der Bericht spricht u. a. folgende Empfehlungen für Regulierungsbehörden aus: Aufrechterhaltung der Messregeln, Weiterführung eines Anreiz/Strafsystems, Kundenforschung bzw. Standards bei Langzeitstromausfällen in Zusammenhang mit Wetterereignissen.

Accord de conciliation sur les gaz à effet de serre fluorés

(ue) La Commission européenne se félicite de l'accord auquel le Parlement européen et le Conseil sont parvenus en conciliation pour réduire les émissions des gaz à effet de serre fluorés. Les gaz fluorés sont des gaz à effet de serre très puissants et de longue durée de vie, qui sont utilisés dans les systèmes de réfrigération, de climatisation, de lutte contre les incendies, de transmission électrique, ainsi que dans de nombreux procédés industriels. La réduction de leurs émissions est imposée par le protocole de Kyoto, et les mesures qui ont fait objet de l'accord aideront l'Union européenne et ses États



«Zwei Planeten Erde erforderlich» (Drei-Schluchten-Kraftwerk in China; Bild Digitalglobe).



Les gaz fluorés sont utilisés dans des systèmes de transmission électriques (poste de couplage/foto EGL).

membres à atteindre les objectifs qui leur ont été assignés en vertu dudit protocole. Sur la base d'une proposition faite par la Commission en août 2003, les dispositions législatives convenues aujourd'hui sont constituées d'un règlement visant à lutter contre les émissions produites par les applications fixes qui utilisent ces gaz, et interdisant certains produits et équipements qui en contiennent, d'une part, et d'une directive prévoyant l'élimination progressive des gaz fluorés actuellement utilisés dans les systèmes de climatisation des véhicules, d'autre part.

Perspektiven für Wasserstoff und Brennstoffzelle

(ee/vö) Laut einem neuen Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) «Prospects for Hydrogen and Fuel Cells» könnte der globale CO₂-Ausstoss durch die Verwendung von Wasserstoff und Kraftstoffzellen im Verkehr und bei der Stromerzeugung bis 2050 um die Hälfte verringert werden. Die IEA-Experten warnen jedoch, dass der Bereich Wasserstoff und Brennstoffzelle einen weiten Bogen an Technologien und Prozessen umfasst, von denen ein Teil noch in der Entwicklung begriffen ist und mit grosser Unsicherheit behaftet ist. Um Wasserstoff als Energieträger einzusetzen, bedarf es eines Technologie-durchbruchs und entscheidender Kostenreduktion in allen Bereichen der Energiekette.

USA lancieren weltweite Kernkraft-Initiative

(zk) Mit einer weltweiten Kernkraft-Initiative, der «Global Nuclear Energy Partnership» (Gnep), wollen die USA dazu beitragen, dass der Beitrag der Kernkraft zur Energieversorgung deutlich zunimmt – ohne zusätzliche Probleme durch Kernbrennstoff-Missbrauch zu verursachen. Nach US-Einschätzung muss sich der weltweite Energiebedarf zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums in den nächsten fünfzig Jahren verdoppeln. Alle Energieträger – die Erneuerbaren, saubere Fossilenergien und die Kernkraft – müssten deshalb einen grösseren Beitrag leisten.

EU-Beitritt der Schweiz nicht von Interesse?

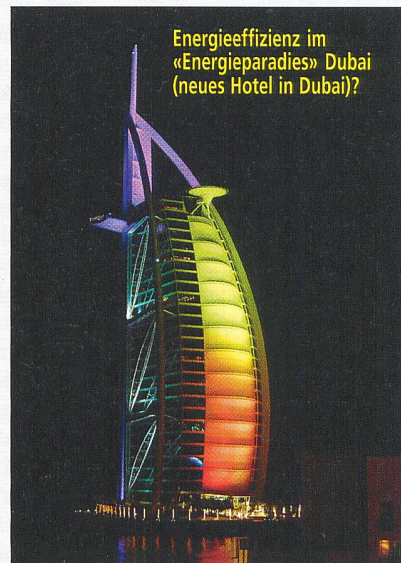
Ein EU-Beitritt der Schweiz ist gemäss economiesuisse für die Wirtschaft nicht von Interesse. In einer wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung würden die Nachteile überwiegen. Dank konsequent verfolgtem bilateralem Weg verfüge die Schweiz über viele gute Abkommen mit der EU, welche die meisten Anliegen der Wirtschaft abdecken. Noch anstehende Probleme mit der EU seien im gegenseitigen Interesse und auf pragmatische Weise anzugehen und zu lösen.

In einer neuen Auslegeordnung wurden verschiedene Zukunftsszenarien im Verhältnis zur EU ausgeleuchtet und bewertet. Nach Ansicht von economiesuisse ist ein EU-Beitritt der Schweiz keine Option. Dem mit einem Beitritt verbundenen Effizienzgewinn stehen zahlreiche institutionelle und wirtschaftspolitische Problem-bereiche gegenüber. Ein Beitritt hätte nicht nur kaum lösbare staatspolitische Auswirkungen, sondern würde auch die Geld- und Währungspolitik negativ tangieren und einen tief greifenden Umbau der Finanz- und Fiskalpolitik erforderlich ma-

UN-Umweltforum: Energieeffizienz gegen Energieabhängigkeit

(ef) Schnelle und weltweite Verbesserungen der Energieeffizienz von Gebäuden, der Industrie und des Verkehrs seien notwendig, um die starke weltweite Abhängigkeit von fossilen Primärenergien zu vermindern, schlossen die Umweltminister von über 150 Mitgliedstaaten der UNO und die Vertreter von internationalen und regionalen Umweltorganisationen anlässlich ihres Treffens in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) vom 7. bis 9. Februar 2006. Es brauche Energiesparmassnahmen, um die Energiekrise zu meistern, die die Wirtschaft sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer herausfordere.

Bundesrat Moritz Leuenberger, der das Umweltministerforum eröffnete, forderte die Umsetzung einer globalen Agenda für die gesamte internationale Umweltpolitik. Diese Agenda wäre ein wertvolles Instrument, um Impulse für Massnahmen zu setzen, Fortschritte besser sichtbar zu machen und Regierungen wie Bevölkerungen verstärkt zu sensibilisieren.



Energieeffizienz im «Energieparadies» Dubai (neues Hotel in Dubai)?

chen, dessen Ausgang für die Wirtschaft zu ungewiss ist. Schliesslich würde der gut funktionierende schweizerische Arbeitsmarkt mit Auflagen belastet, welche nachteilige Auswirkungen auf die Beschäftigung haben würden. Ähnliches gilt für die Sozialpolitik.

gliedstaaten und die Versorgungssicherheit, ein nachhaltig ausgerichtetes, effizienteres und vielfältigeres Energiemix, die globale Erwärmung, ein strategischer Plan für Energietechnologien sowie eine gemeinsame Energie-Aussenpolitik. Als Grundlage für den langfristigen Prozess in Richtung einer europäischen Energiepolitik schlägt die Kommission vor, dass dem Rat und dem Parlament in regelmässigen Abständen ein Bericht über die Überprüfung der EU-Energiestrategie vorgelegt wird, in dem alle energiepolitischen Fragen behandelt werden. Die Überprüfung würde eine regelmässige Bestandsaufnahme und einen Aktionsplan für den Europäischen Rat und das Parlament umfassen, wobei die Fortschritte festgestellt und neue Herausforderungen und Antworten zu allen Aspekten der Energiepolitik aufgezeigt würden.

Grünbuch «Energie für die Zukunft»

(ef) Die EU-Kommission hat am 8. März ihre Energiestrategie für Europa in Form eines «Grünbuchs» vorgelegt. Darin wird skizziert, dass die europäische Energiepolitik die drei zentralen Ziele nachhaltige Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit mit Massnahmen in sechs Bereichen erreichen könne. Dazu gehören die Vollendung des Energiebinnenmarktes, die Solidarität zwischen den Mit-

gliedstaaten und die Versorgungssicherheit, ein nachhaltig ausgerichtetes, effizienteres und vielfältigeres Energiemix, die globale Erwärmung, ein strategischer Plan für Energietechnologien sowie eine gemeinsame Energie-Aussenpolitik. Als Grundlage für den langfristigen Prozess in Richtung einer europäischen Energiepolitik schlägt die Kommission vor, dass dem Rat und dem Parlament in regelmässigen Abständen ein Bericht über die Überprüfung der EU-Energiestrategie vorgelegt wird, in dem alle energiepolitischen Fragen behandelt werden. Die Überprüfung würde eine regelmässige Bestandsaufnahme und einen Aktionsplan für den Europäischen Rat und das Parlament umfassen, wobei die Fortschritte festgestellt und neue Herausforderungen und Antworten zu allen Aspekten der Energiepolitik aufgezeigt würden.